

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

### **Berichterstattung zur Auseinandersetzung zu Rassismus und Rechtsextremismus im Lande Bremen weiterführen**

Die Erkenntnis, dass eine rechtsextremistische Terrorgruppe über viele Jahre aus dem Untergrund unbehelligt rassistische Morde und Anschläge begehen konnte, hat die Gesellschaft erschüttert.

Gleichzeitig zeigt sich aber, dass rechtsradikales und insbesondere rassistisches Gedankengut immer mehr auch den Weg in die Mitte der Gesellschaft findet. Eine abwertende Haltung gegenüber Musliminnen und Muslimen und antisemitisches Denken sind aktuellen Studien zufolge in Deutschland stärker zu finden als in westeuropäischen Nachbarländern. Antisemitische Parolen und Spruchbänder in Fußballstadien, der wieder zunehmende Gebrauch des Wortes Jude als Schimpfwort gerade in Jugendkreisen und der Zuwachs rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien insbesondere bei Kommunalwahlen sind Belege dafür. Rechtsextremismus und Rassismus ist aber kein alleiniges Phänomen von Jugendkulturen; leider ist festzustellen, dass Fremdenfeindlichkeit besonders bei älteren Menschen verbreitet ist. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hängt aber auch von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten und Perspektiven ab.

Vor diesem Hintergrund betont die bremische Bürgerschaft, dass Bremen ein weltoffenes, tolerantes und von Vielfalt geprägtes Bundesland ist. In Bremen leben, arbeiten und studieren Menschen aus über 150 Ländern und Kulturen. Viele Menschen in Bremen und Bremerhaven engagieren sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus – seien es Schulaktionen gegen die sogenannte „Schulhof-CD“, der starke Zustrom im „Aktionsbündnis gegen rechts“ zum 1. Mai 2011 oder die vielfältigen Aktivitäten in Vereinen, Nichtregierungsorganisationen oder auch in Firmen. Für die Fraktionen der demokratischen Parteien in der Bremischen Bürgerschaft waren von jeher die politische Auseinandersetzung mit ausgrenzenden und menschenverachtenden Bestrebungen und der Einsatz für Toleranz und Demokratie von besonderer Bedeutung.

Der Überfall von rechtsradikalen Hooligans auf eine friedliche Feier der antirassistischen Ultragruppierung Racaille Verte im Ostkurvensaal des Weserstadions im Februar 2007 und der Angriff auf die Jugendbildungsstätte Lidice-Haus Anfang 2008 hatten erst in diesem Sommer ihr juristisches Nachspiel. Insbesondere das Auftreten von Zuschauern und Angeklagten im sogenannten „Hooligan-Prozess“ hat nicht nur verdeutlicht, dass rechtsextremistisches Gedankengut auch in Bremen weiterhin verbreitet ist, sondern offensiv den Weg aus den Hinterzimmern in das öffentliche Leben Bremens sucht. Die Wahlergebnisse vom Mai 2011, vor allem in Bremerhaven, Blumenthal und Gröpelingen, unterstreichen dies.

Geht der vierte Bericht des Senats über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen vom August 2008 nur am Rand auf Strategien rechtsextremistischer Organisationen ein, sich weg vom martialischen Image hin zu „bürgerschaftlichem Engagement“ zu bewegen, ein, soll dies ein Schwerpunkt eines fünften Berichts werden. Hierbei soll auch die wachsende Rolle von Frauen in rechtsextremistischen Organisationen beleuchtet und ein Schwerpunkt auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, gerade solchen mit Kindern, bei

Ausstiegsprogrammen gelegt werden. Darüber hinaus soll er Ergebnisse zur Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft liefern sowie das Thema Fremdenfeindlichkeit bei älteren Menschen aufgreifen. Schließlich bleibt es ein entscheidendes Anliegen antirassistische Bildungsarbeit in der Schulischen- und außerschulischer Jugendbildungsarbeit weiterzuentwickeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum Jahresende 2012 einen in der Kontinuität der Berichte aus den Jahren 1989, 1992, 2000 und 2008 stehenden Bericht über die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Land Bremen vorzulegen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, im Rahmen dieses Berichts seine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus darzustellen. Dabei sind auch die vorhandenen Projekte und deren Finanzierung zu benennen und ihre Wirksamkeit darzustellen. Die Entwicklung der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund seit dem Jahr 2008 soll ebenfalls Bestandteil des Berichts werden.

Weiterhin bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, in seinem Bericht

1. die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu untersuchen,
2. einen weiteren Untersuchungsschwerpunkt auf die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit bei älteren Menschen zu legen und
3. die besondere Rolle von Frauen in rechtsextremistischen Organisationen zu untersuchen und die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, gerade solchen mit Kindern, bei Ausstiegsprogrammen zu berücksichtigen,
4. die antirassistische Bildungsarbeit in der Schulischen- und außerschulischer Jugendbildungsarbeit weiterzuentwickeln
5. sowie spezifische Strategien und Projekte zur Auseinandersetzung mit und zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus in den genannten Bevölkerungsgruppen darzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in dem vorzulegenden Bericht auch die Bedeutung und das Engagement nichtstaatlicher Organisationen gegen Rechtsextremismus zusammenzustellen und zu würdigen.

Linda Neddermann, Björn Fecker, Marie Hoppe, Dr. Matthias Güldner  
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD